

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: 1 (1982)

Heft: 3: Benzin statt Brot

Artikel: Der Schlussbericht der Eidg. Energiekommission : der Berg hat eine Maus geboren

Autor: Koch, Ursula

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Berg hat eine Maus geboren

Im Schlussbericht der Eidgenössischen Energiekommission gibt es kein Zweifeln: wir brauchen noch mehr AKW oder die Lichter gehen aus. Ursula Koch nimmt die im Bericht aufgeführten Zahlen genau unter die Lupe und weist nach, dass an den Berechnungen einiges faul ist – für den Laien kaum erfassbar, für erfahrene und vor allem kritische Fachleute ein Warnsignal. Wie Stromprognosen mittels Elektroheizungen frisiert werden und die Interessen der Elektrowirtschaft über den Kopf der Bevölkerung hinweg unsere Energiepolitik bestimmen, ist ebenfalls Thema ihres Artikels.

Der Berg hat eine Maus geboren

«Der Bedarfsnachweis ist (somit) wissenschaftlich nicht möglich, objektiv nicht lösbar, ordnungspolitisch umstritten, vom politischen Standpunkt aus jedoch erforderlich.»

Zu diesem vielsagenden Schluss kam die Eidgen. Energiekommission (EEK) in ihrem Schlussbericht, als sie über Sinn und Zweck des Bedarfsnachweises für weitere Atomkraftwerke nachdachte. Sicher, der Bau weiterer Atomkraftwerke ist heute ein höchst brisantes Politikum. Es wird allgemein anerkannt, dass der bundesrätliche Entscheid vor allem politisch motiviert war. In gut eidgenössischer Manier entschied sich der Bundesrat für eine Lösung, die selbstverständlich näher bei den Forderungen der mächtigen Elektrowirtschaft liegt, als bei denjenigen der Atomkraftwerkgegner, ohné dass er die Ansichten der Elektrizitätswerke voll übernahm. Die Taktik des VSE (Verband Schweiz. Elektrizitätswerke) besteht heute darin, lauthals nach mindestens zwei weiteren AKW's zu rufen und – falls ihre Forderung nicht erfüllt wird – mit einem Zusammenbruch der Wirtschaft in den 90iger Jahren zu drohen, um wenigstens ein zusätzliches Werk über die Runden zu bringen. Selbst wenn man das Politspiel durchschaut, ist es doch interessant zu erfahren, wie der Bundesrat seinen Entscheid begründet und welche energiepolitischen Ziele mit der Atompolitik erreicht werden sollen.

Dazu soll die Botschaft des Bundesrates zu Kaiseraugst etwas genauer unter die Lupe genommen werden.

Üppige Stromzuwachsprognosen

Der Bundesrat rechnet mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,1% bis zum Jahre 2000. Damit setzt er sich über die Ansicht fast aller seriösen Wirtschaftsfachleute hinweg. Von 1977 bis 1982 betrug das Wachstum des Brutto sozialprodukts durchschnittlich 1,6% pro Jahr. Für 1982 wird es auf *-0,5 bis -1,0* und für 1983 auf *0 bis -1,0* geschätzt. Niemand geht davon aus, dass das Wachstum in den 80iger Jahren höher sein wird als zwischen 1977 und 1982. Im Gegenteil, die Prognose von durchschnittlich *1,6% pro Jahr* in den 80iger Jahren wird als *sehr hoch beurteilt*. In den 90iger Jahren dürfte das Wachstum eher noch geringer sein. Der Bundesrat greift mit seinen 2,1% bewusst hoch, um daraus ein hohes Stromwachstum abzuleiten.

Verglichen mit den Schätzungen anderer europäischer Staaten liegt der so vorausgeschätzte Stromzuwachs zusammen mit

Frankreich, Schweden und Norwegen in der Spitzenposition (vgl. Tabelle 1).

Land	Zuwachs des Stromverbrauchs in den 80iger Jahren
Luxemburg	-4,4%
USA	-2,5%
Grossbritannien	-2,4%
Dänemark	-1,3%
Niederlande	-0,8%
Italien	-0,6%
Belgien	+0,1%
Deutschland	+0,2%
Österreich	+0,4%
Norwegen	+2,0%
Schweiz	+2,4%
Schweden	+3,4%
Frankreich	+3,8%

Quelle:
«Basler Zeitung» vom 18. 8. 1982

Länder mit vergleichbarer Wirtschaftsstruktur (Österreich, Belgien, Niederlande) haben alle viel kleinere Zuwachsprognosen.

Es ist klar, würde sich der Bundesrat den Prognosen der Wirtschaftskommission



Leon Schlumpf warnt vor Stromlücken in den 90iger Jahren.

der Vereinten Nationen anschliessen, welche für Europa eine jährliche Stromzunahme von durchschnittlich +1,3% als wahrscheinlich voraussagt, wäre der politisch so dringend benötigte Bedarfsnachweis im Eimer.

Drohfinger «Stromlücke» in den 90iger Jahren

Vielleicht können Sie sich noch erinnern: Laut Aussagen der Elektrowirtschaft in den Jahren 1973 bis 1977 sollten wir heute, im Jahre 1982, unter grossem Strommangel leiden. Immer wieder wurde mit dieser Stromlücke gedroht, wenn das AKW Leibstadt nicht bis 1981 oder 1982 seinen Betrieb aufnehmen könne. Leibstadt ist immer noch im Bau, hat bis heute 4,5 Mrd. Franken gekostet und dürfte erst ab 1984 Strom ins Netz liefern. Von einer Stromkrise ist keine Spur. Im Gegenteil: Auch ohne Leibstadt weisen wir einen stolzen *Stromexportüberschuss von 10712 GWh* auf. Alle Schweizerischen Atomkraftwerke zusammen produzierten 1981 14462 GWh.

Dennoch, dank den überdurchschnittlich hohen Stromverbrauchsprognosen gelingt es dem Bundesrat, in der Botschaft zu Kaiseraugst eine Stromlücke von 200 bis 600 MW für den Winter 1990 und eine Lücke von 800 bis 1400 MW für den Winter 2000 auszuweisen. Die grossen Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass der Bundesrat die tieferen Annahmen für ein Wirtschaftswachstum von 1,7% pro Jahr mitberücksichtigt (vgl. Leistung von Gösgen: 920 MW, Graben 1140 MW, Kaiseraugst 960 MW).

Erreicht werden soll die Stromlücke vor allem dadurch, dass bis zum Jahre 2000 zusätzlich *220000 Wohnungen elektrisch beheizt* und gleichzeitig *ca. 100000 elektrische Wärmepumpen* installiert werden sollen. Bis zum Jahre 1990 sollen laut Botschaft jährlich 25000 Elektrospeicherheizungen und bis zum Jahre 2000 jährlich 6500 neue Wärmepumpen realisiert werden.

Vergleicht man die vorausgesagte Stromlücke mit den zu installierenden Elektro-

heizungen, wird klar, dass diese Lücke das Resultat einer grossen Verschwendung ist. Ganz massiv soll hochwertige

und kostbare Elektrizität für die Heizung (niederwertige Wärme) eingesetzt werden (vgl. Tabelle 2)

	1990	2000
Prognostizierte Stromlücke	200–600 MW	800–1400 MW
Davon neue Elektroheizungen	ca. 460 MW	ca. 600 MW
Gesamthaft für die Substitution von Erdöl (mit Wärmepumpen)	ca. 580 MW	ca. 760 MW

Damit wird klar: Nur die Elektrowärme-strategie rettet den Bedarfsnachweis.

Und die Kosten?

Interessanterweise wird in der Botschaft zu Kaiseraugst nicht von den Kosten gesprochen. Geld, so scheint es, spielt gar keine Rolle. Die sonst im Vordergrund stehenden ökonomischen Überlegungen werden völlig verdrängt. Ob das Ganze volkswirtschaftlich auch sinnvoll ist, wird nicht untersucht.

Man kann damit rechnen, dass ein neues AKW mindestens fünf Milliarden Franken kostet. Mit den Verteilkosten zusammen müssten ca. 8 Milliarden Franken investiert werden. Der Strompreis würde sich dadurch auf ca. 17 bis 20 Rp. pro kWh erhöhen. Der Anteil von AKW-Elektrizität würde damit ca. 50% betragen. Die Strompreise für die Konsumenten würden drastisch erhöht werden. Schon heute werden die Preisaufschläge mit dem teuren Atomstrom begründet. Wer also heute sich von billigen Strompreisen für eine Elektroheizung verführen lässt, muss sich in Zukunft als der Dumme vorkommen. Er wird zu einem ganz erheblichen Teil die Rechnung für die verfehlte Politik zu bezahlen haben.

Die Begründung dieser bundesrätlichen Atomstrategie: wir sind viel zu stark vom Erdöl abhängig, 68% unserer Energieversorgung läuft über Erdöl. Mit Hilfe der Elektroheizungen kann diese Abhängigkeit reduziert werden, es fragt sich jedoch nur, um wieviel. Bis zum Jahr 2000 – so die Botschaft – könne dank der Atomstrategie der Anteil an Erdöl

um ganze 4,5% reduziert werden. Die geplanten 220000 Elektroheizungen sollen mithelfen, ca. 500000 Tonnen Erdöl zu substituieren – wahrlich ein bescheidenes Resultat, wenn man sich vor Augen führt, dass *allein im Jahr 1981 581000 Tonnen Erdöl eingespart wurden: erstaunlicherweise ebenfalls 4,5%! Ohne zusätzlichen Atomstrom!*

Angesichts dieser Zahlen muss man sich ernsthaft fragen, wo der gesunde Menschenverstand unserer Politiker geblieben ist. Gegen den Willen der Bevölkerung (siehe Energieszene und SES-intern: Blick-Umfrage) wird eine falsche Politik durchgesetzt und damit die politischen Auseinandersetzungen auf die Spitze getrieben.

Das Resultat dieser bundesrätlichen Botschaft legt die Schlussfolgerung nahe, dass es hier nicht mehr um Energiepolitik, sondern um die Durchsetzung eines Prestigeprojektes gehe. Würde die gleich hohe Geldsumme, die für Elektroheizungen und AKW's budgetiert ist, in Isolationen und besseren Nutzungstechniken investiert, könnte wesentlich mehr Erdöl gespart werden – eine Tatsache, die anscheinend noch nicht bis in die Amtsstuben unserer Politiker durchgedrungen ist, oder einfach nicht zur Kenntnis genommen wird.

Vor kurzem behauptete GEK (Gesamt-Energiekommission)-Präsident Michael Kohn, die AKW-Gegner seien zwar mit Engagement und Herz bei ihrer Sache, die Elektrowirtschaft hingegen mit Tatsachen und Verstand – uns jedoch scheint es, die Gehirne der Atomlobby seien schon zu lange nicht mehr durchblutet worden: dazu braucht es nämlich ein Herz!